

PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG
DES AMTSAUSSCHUSSES DES AMTES GROBER PLÖNER SEE

- öffentlicher Teil -

Sitzung: vom 06. Dezember 2011
in Appel's Gasthof in Dersau
von 19:16 Uhr bis 20:08 Uhr (öffentlicher Teil)
von 20:08 Uhr bis 20:29 Uhr (nichtöffentlicher Teil)

Unterbrechung: entfällt

Gesetzliche Mitgliederzahl: 20

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 4 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den lfd. Nr. 1 bis 8.

Anwesend:

a) Stimmberechtigt:

Amtsvorsteher Martin Leonhardt (D)
als Vorsitzender

BGM Herbert von Mellenthin (A)
BGM Joachim Schmidt (Bö)
BGM Dieter Wittke (Dö)
BGM Hans-Werner Sohn (G)
BGM Günter Schnathmeier (K)
BGM Jörg Prüß (L)
BGM Johannes Hintz (N)
BGM Olaf Wenndorf (Ran)
BGM Uwe Koch (Rat)
BGM Gerold Fahrenkrog (W)

BGM Mario Schmidt (Bo)
GV Rainer Hädeler (A)
GV Thomas Menzel (A)
GV Thure Schnoor (A)
GV Dieter Westphal (B)
GV Uwe Kahl (G)
GV Roger Baren Scheer (Bo)
GV Thomas Ehlers (Bo)
GV Alfred Jeske (Bo)

b) nicht stimmberechtigt:

Protokollführerin: Frau Dankert, Amt Großer Plöner See
Gleichst.-Beauftr. Bianca Arendt, PR-Vorsitzende Hellen Harder, GV Max Plieske (Bo),
Frau Drescher (Brücke Schleswig-Holstein, *bis 19:49 Uhr*); weitere Zuhörer/innen: 2

Es fehlten entschuldigt: ./.

Die Mitglieder des Amtsausschusses des Amtes Großer Plöner See waren durch Einladung vom 22.11.2011 zu Dienstag, 06. Dezember 2011 um 19:00 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwände erhoben wurden.

Der Ausschuss war nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Tagesordnung:

1. Implementierung eines „Betrieblichen Gesundheitsmanagements“ (BGM)
2. Niederschrift vom 15. August 2011
3. Bericht des Amtsvorstehers / des geschäftsführenden Bürgermeisters
4. Einwohnerfragestunde
5. Unvermutete Kassenprüfung der Kasse am Standort Plön gem. § 39 GemKVO
6. Investitionen am Amtsgebäude
7. Änderung der Abwasseranlagensatzung - 4. Nachtrag -
8. Anfragen

In nichtöffentlicher Sitzung:

9. Erlassanträge Sozialhilfeforderungen
10. Personalangelegenheiten

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwände erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

keine

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher/nichtöffentlicher Sitzung statt.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine Gedenkminute für den verstorbenen Herrn Asbahr eingelegt.

TOP 1**Implementierung eines „Betrieblichen Gesundheitsmanagements“ (BGM)**

Nach Vorstellung des Projektes durch Frau Drescher von der Brücke Schleswig-Holstein berichtet AV Leonhardt aus der Geschäftsausschusssitzung und teilt mit, dass über diesen Tagesordnungspunkt erst in der nächsten Amtsausschusssitzung abgestimmt werden soll. Für Fragen steht Frau Drescher jedoch gern zur Verfügung.

Die Kontaktdaten von Frau Drescher werden mit diesem Protokoll versandt.

Frau Drescher verlässt um 19:49 Uhr die Sitzung.

TOP 2**Niederschrift vom 15. August 2011**

Gegen die Niederschrift vom 15. August 2011 werden keine Einwände erhoben.

TOP 3**Bericht des Amtsvorsteher / des geschäftsführenden Bürgermeisters**

Der Amtsvorsteher berichtet über:

- Verabschiedung von Frau Rönck am 31.08.2011
- Dienstbeginn von Frau Dankert am 19.09.2011
- Termin des Amtsvorstehers und des GB Schmidt bei der Landrätin wegen möglicher Moderation zwischen der Stadt Plön und dem Amt Großer Plöner See am 23.09.2011; ebenfalls eingeladen die Herren Paustian und Kreuzburg von der Stadt Plön.
Die entsprechenden Unterlagen sind den Amtsausschussmitgliedern zugegangen.
- Gespräch mit der Firma Nordbrief wegen Briefzustellung
- Grundsatzgespräch über die Klärschlambeseitigung mit dem Amt Preetz-Land am 18.10.2011; Teilnehmer: Amtsvorsteher, GB Schmidt und der Sachbearbeiter Herr Schaknat vom Amt Großer Plöner See sowie Amtsvorsteher, LVB und die Sachbearbeiterin Frau Jöhnk
- Abschiedsfeier Heinz Langfeldt am 28.10.2011
- In nichtöffentlicher Sitzung am 15.08.2011 wurden ausschließlich Personalangelegenheiten behandelt.

GB Schmidt berichtet über:

- Kassensicherheit
- Gespräch im Innenministerium am 14.12.2011 zum Thema „Verwaltungsstrukturreform“
- Gespräche in Sachen Klärschlamm mit der Firma Remondis und dem Amt Preetz-Land
- Termin zu den Auswirkungen der Fehmarn-Belt-Querung am 29.11.2011
- Geldeingang von der Versicherung 7.858,96 €
- Amtshaushalt 2012 wird im Februar 2012 vorgelegt
- Jährliche Generalinspektion Kinderspiel- und Bolzplätze: Rückmeldungen an Frau Dankert erbeten
- Präsentation Tourismuszentrale Schleswig-Holstein: Interessenten können sich direkt an Frau Backmann wenden

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**TOP 4****Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 5**Unvermutete Kassenprüfung der Kasse am Standort Plön gem. § 39 GemKVO**

Der Amtsausschuss nimmt von der durchgeführten unvermuteten Kassenprüfung Kenntnis.

TOP 6**Investitionen am Amtsgebäude****Beschluss:**

1. Die Haushaltsmittel für die Treppenanlage in der Variante 2 und die Außentür werden in den Haushalt 2012 aufgenommen.
2. Die Haushaltsmittel für die Fassadenanstricharbeiten werden in mittelfristige Finanzplanung aufgenommen. Ein Beschluss über das weitere Vorgehen ergeht im Jahr 2012.

dafür: 20**dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 7****Änderung der Abwasseranlagensatzung - 4. Nachtrag -****Beschluss:**

Der *anliegende* 4. Nachtrag zur Satzung über die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen des Amtes Großer Plöner See (Abwasseranlagensatzung) wird beschlossen.

dafür: 20**dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 8****Anfragen**

GV Schnoor bittet, zur nächsten Amtsausschusssitzung einen Tagesordnungspunkt „Verwaltungsstrukturreform“ einzurichten. Er bittet des Weiteren um Einladung der Landrätin, Frau Ladwig, sowie Frau Saggau von der Kommunalaufsicht des Kreises Plön. AV Leonhardt ergänzt, dass ein solcher Tagesordnungspunkt vorgesehen war.

Fortsetzung erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung; siehe hierzu gesondertes Protokoll.

AMTSVORSTEHER*Martin Leonhardt***PROTOKOLLFÜHRERIN**


Ines Dankert

Anlagen zum Protokoll:

zu TOP 1: Zeitungsartikel zum Thema „Ausgebrannt“

zu TOP 7: 4. Nachtrag der Abwasseranlagensatzung

Quelle: BehördenSpiegel Nr. XII 2011
27. Jg
19. Woche

Ausgebrannt

Öffentlicher Dienst taugt nicht mehr als kurzfristiges Sparobjekt

Mehr Geld
(BS/ckö) Die Sitzungstermine für die kommenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten beim Bund und in den Kommunen stehen bereits fest: Laut Bundesministerium des Innern treffen Gewerkschaften und Arbeitgeber am 1. März 2012 zum

ersten Mal aufeinander. Die weiteren Verhandlungsrunden sind für den 12./13. März und den 28./29. März geplant. Im Mittelpunkt der Runde 2012 soll eine ordentliche Erhöhung der Einkommen stehen, heißt es von DBB Tarifunion und Verdi. Wie hoch die Forderung ausfallen wird, soll am 9. Februar 2012 von der Bundestarifkommission beschlossen werden.

Klage gegen Umzug?

(BS) Das Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Ahrweiler erwägen eine Klage gegen die Umzugspläne des Bundesverteidigungsministeriums. "Wir wollen deutlich machen, dass wir den Rechtsbruch, den der Bundesverteidigungsminister vorhat, nicht hinnehmen", sagte Dr. Angelica

Schwall-Düren, nordrhein-westfälische Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien. Nach einem Treffen der Spitzen von Land, Stadt und Region, forderte die Runde geschlossen eine eindeutige Positionierung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Bleibe eine Antwort aus, wolle man zunächst ein Rechtsgutachten in Auftrag geben, auf dessen Grundlage dann Klage gegen einen etwaigen Bruch des

(BS/Carsten Köppi) Personalabbau, hoher Krankenstand, Überalterung: Ist mit dieser Verwaltung bald kein Staat mehr zu machen? Zu lange hat die Politik "ihren" Öffentlichen Dienst nur unter Kostenaspekten betrachtet, heißt es bei den Gewerkschaften. Und in der Tat häufen sich die Anzeichen, dass die Verwaltung die Grenzen ihrer Belastbarkeit bereits überschritten hat. Vom Dienstherrn kommen vorsichtige Signale der Einsicht.

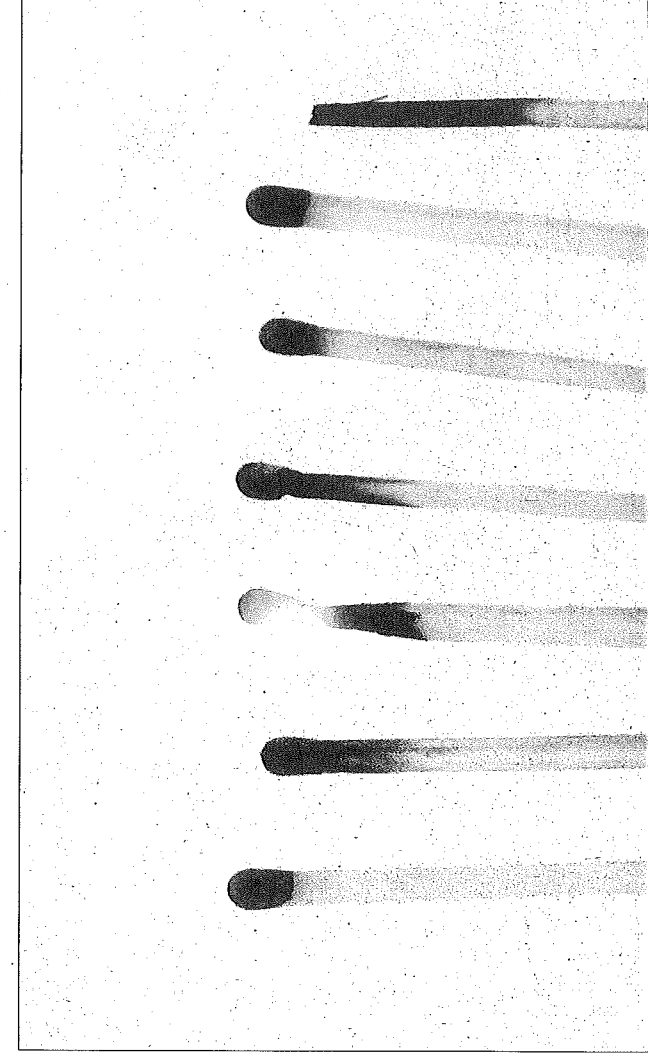


Foto: BS/Einhaus

anstaltung: "Wir sind an einem Punkt angekommen, wo man den Personalabbau überdenken sollte." Und auch ihr Staatssekretärskollege aus dem Bundesfinanzministerium, Werner Gatzler, sagte, er werde seinen Minister dahingehend beraten, auf die pauschalen Stelleneinsparungen zu verzichten.

Der Öffentliche Dienst braucht eine langfristige Personalmanagementstrategie, um auch in Zukunft seinen Aufgaben noch gerecht werden zu können. Dazu gehören ein Qualifikations- und ein Gesundheitsmanagement. Frühere Versuche, hier Besserungen zu erzielen, sind ohne Ergebnis geblieben. So haben BMI, DGB und DBB jeweils Vereinbarungen zur Verbesserung der Gesundheit und der Weiterbildung beim Bund unterzeichnet. Auch Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende, zeigte sich auf dem Schöneberger Forum über den Erfolg der Initiativen enttäuscht. Solche Fragen sollten zukünftig Gegenstand eines Tarifvertrages werden. Bei der kommenden Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Gemeinden (siehe Meldung links) wird es aber laut Gewerkschaften vorrangig um eine "ordentliche Erhöhung der Einkommen" gehen - vielleicht eine verpasste Chance.

immer mehr Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst leiden unter Burnout - auch eine Folge der Arbeitsverdichtung im Zuge des jahrelangen Sparkurses.

Guckt man in einzelne Sparten, sieht es zum Teil düster aus: Eine von der Gewerkschaft der Polizei in Auftrag gegebene Studie von Prof. Dr. Gerd Strohmaier von der TU Chemnitz zeigt, dass von etwa zwei Dritteln der Bundespolizisten, die Arbeitsbelastung als äußerst groß empfunden wird. Dies habe gravierende Folgen auf die Berufszufriedenheit und die Gesundheit, sagte der Experte auf dem Schöneberger Forum des DGB Mitte November. Auch die Sonderauswertung Öffentlicher Dienst des DGB-Index Gute Arbeit vom Oktober 2011 zeichnet ein ähnliches Bild der Lage: So geht nur jeder zweite Beschäftigte davon aus, seine Tätigkeit unter den jetzigen Bedingungen bis zum Ruhestand ausüben zu können. Mehr als ein Drittel der Befragten leiden häufig an Erschöpfungszuständen, permanente Personalabbau: Auf



4. Nachtrag zur

Satzung

über die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen des Amtes Großer Plöner See (Abwasseranlagensatzung)

Aufgrund der §§ 5 und 24 a der Amtsordnung für Schleswig-Holstein (AO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 113), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93) in Verbindung mit den §§ 4 und 17 der Gemeindeordnung (GO) für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 789), der §§ 1 und 6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 27), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 2007 (GVOBl. Schl.-H., S. 362), und des § 35 Wassergesetz des Landes Schleswig-Holstein (Landeswassergesetz - LWG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 91), zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010, (GVOBl. Schl.-H. S. 789) und LVO vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 850) wird nach Beschlussfassung durch den Amtsausschuss vom _____ folgende 3. Nachtragssatzung zur Abwasseranlagensatzung erlassen:

§ 1

Der § 6 (Benutzungsgebühren, Gebührenhöhe) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

- (2) Die Benutzungsgebühr für die Abwasserbeseitigung beträgt einheitlich 40,02 € je Kubikmeter abgeholten Abwassers zuzüglich einer Verwaltungsgebühr in Höhe von 8,70 € je Entsorgung.

§ 2
Inkrafttreten

Dieser 4. Nachtrag zur Satzung über die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen der amtsangehörigen Gemeinden des Amtes Großer Plöner See (Abwasseranlagensatzung) tritt am 01. Januar 2012 in Kraft.

Plön,

Amt Großer Plöner See
Der Amtsvorsteher

(Siegel)
